



## Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein

3. April 2007

Deutsch

Original: Französisch

---

### Erklärung des Präsidenten des Sicherheitsrats

Auf der 5653. Sitzung des Sicherheitsrats am 3. April 2007 gab der Präsident des Sicherheitsrats im Zusammenhang mit der Behandlung des Punktes "Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo" im Namen des Rates die folgende Erklärung ab:

"Der Sicherheitsrat missbilligt die gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich vom 22. bis 25. März in Kinshasa zwischen den kongolesischen Sicherheitskräften und der Leibgarde von Senator Jean-Pierre Bemba ereignet haben. Er bekundet seine ernste Besorgnis über die Verluste an Menschenleben, insbesondere unter den Zivilpersonen, und fordert alle Parteien nachdrücklich auf, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens und die Grundsätze der Menschenrechte zu achten. Er bekundet außerdem sein Bedauern über die Zerstörungen und Plünderungen, die während der Zusammenstöße stattfanden und von denen auch einige diplomatische Missionen betroffen waren.

Der Sicherheitsrat ermutigt die kongolesischen Behörden und die Mission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUC), eine angemessene Untersuchung der Ereignisse durchzuführen.

Der Sicherheitsrat betont die Legitimität der neuen, demokratisch gewählten Institutionen und die Notwendigkeit, dass diese Institutionen den Schutz der Bevölkerung gewährleisten. Gleichzeitig unterstreicht er, wie wichtig es ist, dass diese Institutionen unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts handeln und jede unnötige oder unverhältnismäßige Anwendung von Gewalt vermeiden.

Der Sicherheitsrat bedauert es, dass statt des Dialogs auf Gewalt zurückgegriffen wird, um die Streitigkeiten beizulegen, und fordert alle kongolesischen Akteure nachdrücklich auf, sich zu bemühen, ihre Meinungsverschiedenheiten auf dem Verhandlungsweg und unter Achtung des Verfassungsrahmens und der Gesetze beizulegen. Er fordert die Regierung auf, die Stellung und die Rolle zu achten, die den Parteien durch die Verfassung übertragen werden, um ihre wirksame Teilnahme an der nationalen politischen Debatte zu gewährleisten, und ermutigt alle Parteien, dem politischen Prozess verpflichtet zu bleiben.

Der Sicherheitsrat begrüßt die Erklärung der Konferenz der Präsidenten der kongolesischen Nationalversammlung vom 26. März 2007, in der alle Parlamentsfraktionen ihr Bekenntnis zur Unterstützung des demokratischen Prozesses bekräftigten und allen Institutionen der Republik empfahlen, auf Aussöhnung, nationale Eintracht und einen ständigen Dialog zwischen den politischen Akteuren hinzuarbeiten.

Der Sicherheitsrat bekundet seine volle Unterstützung für die Anstrengungen, die die MONUC unternimmt, um den Dialog zwischen der Regierung und den Oppositionsparteien wiederherzustellen und zum Schutz der Zivilbevölkerung beizutragen.

Der Sicherheitsrat nimmt Kenntnis von dem Kommuniqué des Friedens- und Sicherheitsrats der Afrikanischen Union vom 24. März 2007 und von dem Kommuniqué des am 28. und 29. März 2007 in Daressalam abgehaltenen Außerordentlichen Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, worin das souveräne Recht der Demokratischen Republik Kongo bekräftigt wird, eine einheitliche Nationalarmee zu besitzen, und fordert alle bewaffneten Gruppen nachdrücklich auf, sich in die Nationalarmee einzugliedern oder sich demobilisieren zu lassen.

Der Sicherheitsrat betont erneut, wie wichtig es ist, dass die internationale Gemeinschaft den Friedenskonsolidierungsprozess in der Demokratischen Republik Kongo auch künftig unterstützt, insbesondere im Hinblick auf die dringende Durchführung der Reform des Sicherheitssektors, und dass die internationalen Partner konzertierte Maßnahmen zu diesem Zweck gewährleisten müssen. Er erkennt an, dass diese Unterstützung auf einem gemeinsamen Bekenntnis der kongolesischen Behörden und aller kongolesischen politischen Akteure zur nationalen Aussöhnung und zur Stärkung der demokratischen Institutionen beruhen muss."

---